

4
82

Union in Deutschland

Bonn, den 4. Februar 1982

Nur noch eine Regierung auf Abruf

Mit der Ankündigung, am Freitag, 5. Februar, im Bundestag die Vertrauensfrage für seine Politik zu stellen, hat sich Bundeskanzler Schmidt zu einem in der Geschichte des Bundestages außergewöhnlichen Schritt entschlossen, stellt Helmut Kohl fest. Diese Entscheidung von Bundeskanzler Schmidt beweist, daß der tiefe Vertrauensverlust gegenüber der Bundesregierung und der Politik des Bundeskanzlers inzwischen auf die breite Mehrheit der SPD/FDP-Koalition im Bundestag übergegriffen hat.

Bundeskanzler Schmidt mußte damit rechnen, daß ihm seine eigene SPD-Fraktion die Unterstützung für seine arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen verweigert. Um sich dieser drohenden politischen Niederlage zu entziehen, zwingt Bundeskanzler Schmidt mit seiner Vertrauensfrage die SPD/FDP-Koalition zu einer Entscheidung über das Überlegen der Regierung schlechthin. Selbst wenn es dem Bundeskanzler gelingen sollte, auf diese Weise noch einmal die Mehrheit seiner SPD/FDP-Koalition hinter sich zu bringen, wird es nur noch eine Bundesregierung auf Abruf sein.

(Fortsetzung Seite 2)

■ ARBEITSPLÄTZE

Nur Bonn mit Negativ-Bilanz

Seite 4

■ BUNDESPARTEI

Die Union ist in der Offensive —
Arbeitsplanung 1982

Seite 5

■ BUNDESWEHR

Bundesbahn muß Heimfahrt der
Soldaten besser koordinieren

Seite 11

■ BEAMTE

Kürzungen in NRW problematisch
und unseriös

Seite 12

■ CDU HESSEN

Alfred Dregger mit einem Rekord-
ergebnis wiedergewählt

Seite 13

■ DOKUMENTATION

Pressestimmen zur Haltung der
Bundesregierung in der Polen-
frage

grüner Teil

■ ÖFFENTLICH- KEITSARBEIT

Die CDU im Gespräch
mit der JugendAnregungen für Aktionen
rosa Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Zu den Beschlüssen der Bundesregierung vom Mittwoch, 3. Februar, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Walther Leisler Kiep, in einer ersten Stellungnahme:

Die Bundesregierung hat eine falsche Entscheidung getroffen. Aus den jetzt beschlossenen Maßnahmen können weder die Arbeitslosen noch die Wirtschaft neue Hoffnung auf eine dauerhafte Besserung schöpfen. Eigene bessere Erkenntnisse von Wirtschaftsminister, Finanzminister und Bundeskanzler wurden über Bord geworfen, nur um die immer brüchiger werdende Koalition von Sozialdemokraten und Freien Demokraten zu retten.

Statt auf eine dauerhafte Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Investitionen der Wirtschaft zu setzen, flüchtet sich die Regierung im wesentlichen erneut in Steuererhöhungen und in bloß vorübergehende, kostspielige Aufputschmittel, die allenfalls Strohfeuer entfachen können. Alle positiven Wirkungen werden durch die beabsichtigte Erhöhung der Mehrwertsteuer aufgehoben; diese führt zu höheren Preisen und behindert bereits jetzt für die Zukunft sachgerechte Tarifabschlüsse.

Die traurigste Rolle in diesem Wintertheater mit seinem die Wirtschaft lähmenden ratlosen Gezänk spielt die FDP. Das Maß an Täuschung, das sie in Bonn ihren Wählern zumutet, übersteigt mittlerweile jedes Begriffsvermögen: Die FDP handelt anders, als sie redet. Zuerst bezeichnet sie durch Graf Lambsdorff und andere Sprecher eine Mehrwertsteuererhöhung als verfehlt, stimmt ihr dann aber doch zu, um die SPD über die Hürden der kommenden Landtagswahlen zu bringen und damit bis 1984 in Bonn an der Macht zu halten.

Leidtragende dieses bösen Spieles sind die Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Bürger, die Steuer- und Beitragszahler und die Rentner.

■ INFORMATION

EG-Christdemokraten legen Vertragsentwurf für Europäische Union vor

Die christdemokratische Gruppe im Europäischen Parlament hat einen Vertragsentwurf für eine Europäische Union vorgelegt. Gleichzeitig wurden die Minister der Europäischen Gemeinschaft aufgefordert, diesen Vertrag bis 1984 zu ratifizieren. Erst kürzlich hatte Bundesaußenminister Genscher zusammen mit seinem italienischen Amtskollegen Colombo eine Europäische Akte mit ähnlichen Zielen präsentiert. Der holländische Christdemokrat

Sjouke Jonker erläuterte den Vorschlag vor Journalisten und sagte, eine durchgreifende Hinwendung zu einer Europäischen Union sei notwendig, um die EG aus ihrer Lähmung zu befreien. Der Vertrag fordert gesetzgebende Rechte für das direkt gewählte Parlament und die Entwicklung einer gemeinsamen EG-Außenpolitik.

Kernenergie verhindert Umweltbelastung

Aus einer Antwort der Bundesregierung auf die Frage des Unionsabgeordneten Bernhard Jagoda, mit wie vielen Tonnen Schadstoffen die Luft zusätzlich verschmutzt worden wäre, wenn der bisher in der Bundesrepublik Deutschland durch

Kernkraftwerke erzeugte Strom zum Beispiel durch Steinkohlekraftwerke produziert worden wäre, geht die Sachkundigen längst bekannte Tatsache hervor: Nutzung der Kernenergie kann erhebliche Belastungen unserer Umwelt verhindern helfen. Ohne Betrieb unserer Kraftwerke wären zum Beispiel von 1960 bis 1980 unter anderem 2,7 Millionen Tonnen Schwefeldioxid mehr in die Biosphäre emittiert worden. Schwefeldioxidemissionen gelten als Ursache des saueren Regens und tragen nach heutigem Kenntnisstand wahrscheinlich wesentlich zum Wäldersterben bei.

Die bei uns betriebenen Kernkraftwerke geben nach längst bekannten, jüngst von der Bundesregierung noch einmal bestätigten Feststellungen über die Freisetzung radioaktiver Stoffe durch Kohlekraftwerke auch nicht mehr radioaktive Stoffe in ihre Umgebung ab als gleichgroße moderne Kohlekraftwerke.

Angesichts der hohen deutschen Sicherheitsanforderungen und nach den weltweit gesammelten Erfahrungen mit dem Betrieb kerntechnischer Anlagen ist das Risiko unvorhergesehener Störfälle, die zu unkontrollierter Freisetzung radioaktiver Stoffe aus Kernkraftwerken führen könnten, heute mit Sicherheit geringer einzustufen als viele andere inzwischen allgemein akzeptierte technische Risiken unserer heutigen Welt.

DKP zählt zu Drahtziehern der Frankfurter Krawalle

Das hessische Innenministerium glaubt, wie die „Rheinische Post“ meldet, eindeutige Anhaltspunkte dafür zu haben, daß die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), die sich lange Zeit als Ordnungsfaktor dargestellt hat, zu den Drahtziehern der gewalttätigen Demonstration gegen den Bau der Startbahn West am Frankfurter Flughafen gehört. Der Sprecher des In-

nenministeriums erklärte, zu den Anhaltspunkten gehörten der Pressesprecher der Bürgerinitiative, Rudi Hechler, und die von der DKP herausgegebenen Schriften.

Straßenverkehrsrecht muß reformiert werden

Das Straßenverkehrsrecht ist, wie Carl-Otto Lenz, MdB, Stellvertretender Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), erklärte, reformbedürftig. Eine Flut von gerichtlichen Bußgeldverfahren, ein Heer von Kraftfahrern mit Eintragungen im Verkehrsregister und eine Fülle von Gebots- und Verbotsnormen, deren Zweckmäßigkeit teilweise umstritten ist, kennzeichnen das derzeitige Bild.

Dringend erforderlich ist eine Reform des Flensburger Zentralregisters. Durch eine Änderung der Tilgungsfristen muß verhindert werden, daß es weiterhin die „Verkehrssünder auf Lebenszeit“ gibt. Der Bußgeldkatalog muß neu geordnet werden. Vorhandene Bußgeldtatbestände sind auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen.

Neue Vorschriften sind nur einzuführen, wenn sie zum Schutz anderer Verkehrsteilnehmer notwendig sind. Die sogenannten Mehrfachtäterrichtlinien sind zu verbessern. Dabei ist die Bewertung einzelner Verkehrsverstöße mit einer bestimmten Punktzahl und dem Bußgeldkatalog zu harmonisieren. Die Eintragungsgrenze ist zu erhöhen. Verkehrsteilnehmern, die sich verkehrswidrig verhalten haben und an einer Nachschulung teilgenommen haben, sollte ein Punkterabatt eingeräumt werden.

Der Entzug der Fahrerlaubnis ist flexibler zu gestalten und auf den Einzelfall abzustellen, wobei insbesondere die Auswirkungen auf die berufliche Existenz des Betroffenen Berücksichtigung finden sollen.

■ ARBEITSPLÄTZE

Nur Bonn mit Negativ-Bilanz

Die Bundesregierung bringt bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Ausdruck, daß sie durch ihre kreditfinanzierte Nachfragepolitik gute Ergebnisse bezüglich der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen erzielt habe. Dazu erklärt MdB Manfred Carstens:

Wie übel diese Politik im internationalen Vergleich dasteht, wenn man den Blick nicht nur auf die aktuellen Arbeitslosenquoten richtet, sondern mehr auf die

längerfristige Fähigkeit der Volkswirtschaften, zusätzlich Arbeitnehmern Beschäftigung zu geben, mag die nachstehende Tabelle verdeutlichen.

Kein vergleichbares Industrieland der Welt steht in dieser Beziehung so schlecht da wie die Bundesrepublik Deutschland. In allen vergleichbaren Ländern ist die Zahl der seit 1970 zusätzlich beschäftigten Arbeitnehmer gestiegen. Die USA zum Beispiel haben seit 1970 nicht weniger als 17,3 Millionen Menschen in das Wirtschaftsleben integrieren können, das ist ein Plus von rund 22 vom Hundert. Die Japaner beschäftigen heute über fünf Millionen Menschen mehr als 1970; das ist ein Plus von rund 15 vom Hundert. Ein Plus haben — mit Ausnahme der Bundesrepublik — auch alle übrigen europäischen Länder aufzuweisen.

	1970 in Tausend	1979 in Tausend	mehr/ weniger in Tausend	mehr gegenüber 1970
Bundesrepublik	22 148	21 924	— 224	— 1,0 %
Belgien	2 985	3 162	+ 177	+ 5,9 %
Frankreich	16 584	18 118	+ 1 534	+ 9,2 %
Italien	13 472	14 772	+ 1 300	+ 9,6 %
Niederlande	3 933	4 075	+ 142	+ 3,6 %
Großbritannien	22 946	23 185	+ 239	+ 1,0 %
USA	79 299	96 658	+ 17 359	+ 21,9 %
Japan	34 556	39 785*	+ 5 229	+ 15,1 %

Die gegenwärtige Quote der beschäftigten Arbeitnehmer für die Bundesrepublik Deutschland liegt sogar noch gegenüber der angegebenen Zahl von 1979 um fast eine Million niedriger. Die Bundesrepublik hat also bei weitem nicht einmal den Stand des Jahres 1970 bewahren können.

Wie erbärmlich ist doch dieses Ergebnis auch im Vergleich zu früher. In den 50er und 60er Jahren wurde über acht Millionen Bundesbürgern zusätzlich Brot und Arbeit gegeben; über acht Millionen Men-

schen — das waren über 60 vom Hundert der Erwerbsbevölkerung —, knapp 14 Millionen nach dem Krieg!

Diese Zahlen dokumentieren das ganze Ausmaß des Scheiterns der Schuldenpolitik der Bundesregierung. Die Schulden des Bundes — gegenwärtig rund 300 Milliarden Mark — haben sich seit 1970 versechsfacht.

* 1978 — Quelle: Stat. Taschenbuch 1981, eine Information des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Tabelle 9.6

BUNDESPARTEI

Die Union ist in der Offensive – Arbeitsplanung für 1982

Die CDU hatte 1981 einen Mitgliederzuwachs von 13 600 zu verzeichnen, damit die Siebenhunderttausend-grenze überschritten und jetzt 705 116 Mitglieder. Im gleichen Zeitraum hat die SPD nach offiziellen Angaben 20 000 Mitglieder verloren. Auf einer Kreisgeschäftsführer-Konferenz am 3. Februar 1982 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus erläuterte Heiner Geißler die Arbeitsplanung der Bundespartei für 1982 unter besonderer Berücksichtigung der bevorstehenden Landtagswahlen. Zuvor hatte Helmut Kohl den Kreisgeschäftsführern einen ausführlichen Bericht zur politischen Lage gegeben. Heiner Geißler erklärte:

Eine Partei lebt und wirkt vor allem durch das Management vor Ort. Die CDU konnte in den vergangenen Jahren so gut sein und ist es gegenwärtig, weil Sie als Kreisgeschäftsführer die Beschlüsse und Diskussionen aus dem Parteipräsidium, aus dem Bundesvorstand, aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an die Bürger heranbringen.

Eine Partei muß immer bei den Bürgern existent sein. Sie muß diskutieren, und sie muß die Bürger selber an diesen Diskussionen teilnehmen lassen. Wir sind eine Partei, die ihre Programme und Aktivitäten im gegenseitigen Gespräch miteinander entwickelt: im Gespräch mit den Bürgern, im Gespräch mit den politischen Mandatsträgern.

Hierbei kommt den Kreisgeschäftsführern eine wichtige Mittlerfunktion zu. Daher ist es wichtig, und hier hat auch der Bundestagsparteitag in Hamburg einen sehr guten Beschuß gefaßt, daß die Kreisgeschäftsführer in gewissen Abständen zu einer zentralen Konferenz zusammenkommen. Wir wollen Sie aus erster Hand über unsere Politik, über unsere Arbeitsplanung, über unsere Vorhaben informieren; und Sie sollen uns in der Diskussion Ihre Meinung sagen. Ich glaube, es ist wichtig, daß hier ein Dialog entsteht, von dem alle profitieren können.

Landtagswahlen

Wir stehen am Beginn eines wichtigen Jahres. 20 Millionen Bundesbürger sind zwischen März und Oktober aufgefordert, neue Landtage zu wählen. Wir müssen uns in guter Verfassung diesen Wahlen stellen. Die CDU hat sich sachlich und personell gut auf dieses Wahljahr vorbereitet. In allen drei Ländern — Niedersachsen, Hamburg und Hessen — kann sich die CDU in einer optimalen Form, in einem optimalen Zustand präsentieren: geschlossen, mobilisiert, programmatisch gerüstet, mit drei Spitzenkandidaten, die ihren jeweiligen Gegnern überlegen sind, das gilt für Ernst Albrecht, das gilt für Walther Leisler Kiep, das gilt für Alfred Dregger.

Die Leistungen der Regierung Albrecht sind in Niedersachsen anerkannt. Es geht darum, die Basis der CDU zu verbreitern. In Hamburg zweifelt niemand mehr, daß

wir die absolute Mehrheit der SPD brechen werden; bereits jetzt, noch bevor die heiße Wahlkampfphase begonnen hat, wird von einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen von Dohnanyi und Walther Leisler Kiep gesprochen. In Hessen können wir erreichen, daß wir die letzte SPD/FDP-Koalition auf Landesebene ablösen.

Zustand der CDU

Die Aussichten für dieses Jahr sind also gut. Bundesweit hat sich die CDU auf einem sehr hohen Stand stabilisiert. In den demoskopischen Umfragen bewegt sich die Union seit einem Jahr zwischen 49 und 53 Prozent. Das deutet darauf hin, daß die Union jederzeit in der Lage wäre, bei Wahlen eine regierungsfähige Mehrheit im Deutschen Bundestag zu erhalten. Die Gründe:

- die CDU wird von den Bürgern als echte Alternative begriffen;
- die CDU hat in den wichtigsten politischen Fragen einen Vorsprung in der Sachkompetenz, dies trifft insbesondere auf die Lösung der wirtschaftlichen Probleme (Schulden, Abbau der Millionenarbeitslosigkeit) und die Sicherheitspolitik (Verankerung im Westlichen Bündnis) sowie eine geordnete, im Interesse der Arbeitnehmer bestehende Sozialpolitik zu;
- die CDU ist eine geschlossene Partei, es gibt kein politisches Sachgebiet, in dem es zwischen führenden CDU-Politikern unüberbrückbare Gegensätze gäbe;
- die CDU ist in den Augen der Bürger die Vollbeschäftigungspartei.

Mit diesem Pfund müssen wir bei den bevorstehenden Wahlen wuchern. Dabei suchen wir aber in erster Linie die landespolitische Auseinandersetzung. Wir sehen in den Landtagswahlen keine vorgezogenen Bundestagswahlen. Das möchte ich ausdrücklich betonen.

Es geht nicht um Schmidt/Genscher

Wir werden es nicht zulassen, daß SPD und FDP — wie der niedersächsische SPD-Spitzenkandidat Ravens am vergangenen Wochenende gesagt hat — die Landtagswahlen zu einer Abstimmung über die Regierung Schmidt/Genscher umfunktionieren. Die Landtagswahlen entscheiden darüber, welche Politik in Niedersachsen, Hessen oder Hamburg gemacht wird.

Wir werden bundespolitischen Themen nicht ausweichen, aber uns geht es in erster Linie um eine Entscheidung über die jeweilige Landespolitik. Und gerade hier sind wir ausgezeichnet gerüstet, wenn ich an die klare bildungspolitische Alternative unserer Landesparteien denke.

„Blockade“ im Bundesrat

In der nun beginnenden Diskussion — und man hört es in den Medien ja immer öfter — müssen wir uns ernsthaft mit dem Argument, eine Dreiviertelmehrheit der unionsregierten Bundesländer im Bundesrat blockiere die Politik der Bundesregierung, auseinandersetzen.

Wir sagen deutlich: Wir machen nicht den Versuch, die Bundesrepublik Deutschland über den Bundesrat zu regieren. Wir werden den Bundesrat nicht für eine „Blockade“ der Politik der Bundesregierung benutzen, sondern wir werden im Bundesrat eine Politik betreiben, die sich an den Interessen des jeweiligen Landes und nicht allein der Partei orientiert.

Wenn die Regierungskoalition in Bonn zerbricht, dann nicht an einer größeren Mehrheit der Union im Bundesrat, sondern sie geht an ihren inneren Gegensätzen zugrunde. Die CDU präsentiert sich dem Bürger als die Partei der Vollbeschäftigung, wir treten gegen eine SPD an, die

während ihrer Regierungszeit in Bonn zur Partei der „Arbeitslosigkeit“ geworden ist.

Herausragende Themen

Thematisch steht dieses Jahr unter zwei Grundthemen:

- die Erhaltung des Friedens in Freiheit und
- die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dialog mit der Jugend — Dialog mit den Arbeitnehmern.

Auf dem Hamburger Parteitag im November vergangenen Jahres haben wir ein Experiment gewagt und 500 junge Menschen zur Diskussion eingeladen. Wir haben gewagt und gewonnen, denn diese Diskussionen haben in aller Öffentlichkeit deutlich gemacht, die CDU ist eine Partei, die diskutieren kann, die bereit ist, auch die Argumente anderer zu hören und aufzunehmen, die ihre Positionen nicht verteidigend und „lahm“ vertritt, sondern zu einem offensiven Gespräch fähig ist.

Hamburg hat wie eine Initialzündung gewirkt. Das Gespräch mit jungen Menschen wiederholt sich zur Zeit in einer Vielzahl von Veranstaltungen in allen Parteigliederungen. Dieses Gespräch dürfen wir nicht einschlafen lassen.

Gespräche mit Arbeitnehmern verstärken

Der Dialog mit der Jugend muß ergänzt werden durch das intensive Gespräch mit den Arbeitnehmern. Die SPD, die sich gerne als die „Partei der Arbeitnehmer“ bezeichnet, hat gerade vor den Arbeitnehmern versagt.

Wir müssen unsere Politik darlegen, die wir im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern betreiben. Dazu müssen wir dahin gehen, wo die Menschen sind, z. B. an ihren Arbeitsplatz. Am Arbeitsplatz diskutieren die Menschen, hier fallen ihre Vorentscheidungen für die Wahlen.

Wir müssen ständig den Dialog mit den Arbeitnehmern in den Betrieben führen. D. h. konkret: politische Mandatsträger müssen regelmäßig — und nicht erst vor Wahlen — Betriebe besuchen und Gespräche mit dem Betriebs- und Personalrat, mit der Betriebsleitung, aber auch mit den Arbeitnehmern am Arbeitsplatz führen. Jeder Kreisverband sollte wenigstens einmal im Jahr die Betriebs- und Personalräte einladen, um mit ihnen aktuelle Probleme zu diskutieren.

Informationskampagne der Bundestagsfraktion

In dem Gespräch mit den Bürgern über die wichtigsten politischen Probleme unterstützt Sie die CDU-Bundesgeschäftsstelle mit einer Anzahl von Argumentationshilfen. Neben dem bewährten Informationsmaterial wird in diesem Jahr erstmals eine große Informationskampagne der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchgeführt, in der einer breiten Öffentlichkeit unsere Positionen dargestellt werden sollen. Eine zwölfseitige Informationsschrift in Magazinformat wird in einer Auflage von vier Millionen Exemplaren gedruckt und den Kreisparteien zur Verfügung gestellt. Jeder Kreisverband erhält in der zweiten Hälfte des Monats März 8 000 Exemplare dieser Broschüre kostenlos zugestellt. Darüber hinaus wird das Magazin in ausgewählten Großstädten (Hamburg, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt und Stuttgart) kommerziell an alle Haushaltungen verteilt.

Kongressplanung

Die CDU wird eine Reihe wichtiger Kongresse durchführen, um zum einen Aufträge des Bundesparteitags zu erfüllen und zum anderen der Partei Argumentationshilfen und Entscheidungsvorbereitungen für wichtige politische Probleme zu ge-

ben. Ich nenne hier den Kongreß zur Ausländerpolitik, der im September durchgeführt werden soll. Angesichts steigender Arbeitslosenzahlen und gleichzeitig steigender Ausländerzahlen sollen die Probleme diskutiert werden, die sich daraus für Gegenwart und Zukunft ergeben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß sich die Konrad-Adenauer-Stiftung mit einer Reihe von Sachproblemen, die auch für unsere Arbeit interessant sind, beschäftigen wird: so mit der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, dem Generationenvertrag, der Familienpolitik sowie der Rechtspolitik.

Kommissionen eingesetzt

Der Bundesvorstand der Partei hat am 18. Januar die Einsetzung der Kommissionen „Jugend“ und „Soziale Sicherung“ beschlossen, die für unsere längerfristige Arbeit besonders wichtig sind. Die Kommissionen beginnen ihre Arbeit Ende Februar/Anfang März und sollen ihre Vorschläge bis Ende des Jahres unterbreiten. Hier werden wir die Grundlagen schaffen, um auf zwei ganz wichtigen politischen Zukunftsbereichen die Position der CDU festzuklopfen.

Jederzeit für einen Bundestagswahlkampf gerüstet

Ich glaube, ich kann ohne Übertreibung sagen, die CDU war noch nie — zwei Jahre vor dem eigentlichen Wahltermin — so gut vorbereitet. Wir sind aber auch bereit, den Wahlkampf schon früher zu führen: 1982 oder 1983. Aber diese Entscheidung fällen wir nicht alleine. Den Weg zu Neuwahlen müssen SPD und FDP freigeben. Je eher sie das täten, um so besser wäre es für unser Land.

Wir sind darauf vorbereitet.

Keine Polizei gegen Gurtmuffel

Zu der von Bundesverkehrsminister Hauff vorgesehenen Einführung eines Verwarnungsgeldes für das Nichtanlegen von Sicherheitsgurten erklärte Unions-MdB Dionys Jobst: Die Wirksamkeit des Sicherheitsgurtes ist unbestritten. Es muß deshalb erreicht werden, daß sich noch mehr Kraftfahrer als bisher anschnallen. Mit der Einführung eines Verwarnungsgeldes von 20,— DM für Gurtmuffel beschreitet der Bundesverkehrsminister aber nicht den richtigen Weg.

Ständig neue Reglementierungen führen nur zu noch mehr Staatsverdrossenheit. Vor ständig „mehr Staat“ muß aber ein dringlich gewarnt werden. Staatliche Sanktionen durch Verwarnungsgelder, Bußgelder und Strafen sollten nur in wirklich notwendigen Fällen, nicht aber zur Eingeführt werden.

Das Zivilrecht hält die geeigneten Mittel bereit, um Kraftfahrern vor Augen zu führen, daß die Anlegung des Sicherheitsgurtes in ihrem eigenen Interesse liegt. Wer sich nämlich nicht anschnallt, muß wegen Mitverschuldens den Teil des Personenschadens selbst tragen, den er bei Anlegung des Gurtes nicht erlitten hätte. Das gleiche gilt beim Anspruch auf Lohnfortzahlung.

Linker AStA in Bonn gestürzt

Bei den Wahlen zum Studentenparlament der Bonner Universität haben die gemäßigten Gruppen den bisherigen linken Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) gestürzt. Bei nur geringer Wahlbeteiligung gelang es den Gruppen Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Liberale Aktion und Sozialliberaler Hochschulverband 27 der 51 Sitze im Studentenparlament zu erringen. Stärkste Fraktion wurde der RCDS mit 16 Sitzen.

■ KOALITION

Nach wie vor Radikale in der SPD

In einer Erklärung zu dem Austritt Manfred Coppiks aus der SPD warnte Walter von Tiesenhausen, Sprecher der CDU, davor, zu glauben, durch den Austritt von Manfred Coppik sei die alte Geschlossenheit der SPD wiederhergestellt. Noch sind die Gegner einer wirklichkeitsnahen Sicherheitspolitik oder einer zukunftsorientierten Energiepolitik, die Befürworter einer dirigistischen Planwirtschaft und jene, die den Staatsdienst für Radikale öffnen wollen, auf dem Marsch durch die Institution SPD.

Am gleichen Tag, da SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz Coppiks Austritt als klärenden Schritt begrüßte, setzte sich der Hamburger Exbürgermeister Klose dafür ein, die freiheitliche und soziale Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland zur Diskussion zu stellen.

Die Reihe solcher Beispiele ließe sich beliebig fortsetzen. Sie belegen, daß der Versuch Willy Brandts, die deutsche Sozialdemokratie durch immer weiter gehende Konzessionen an den linken Flügel zu integrieren, gescheitert ist. Zwar bleiben Politiker wie Klose, Eppler oder Lafontaine in der Organisation SPD, doch ihre Politik gilt anderen als den parteiamtlich proklamierten Zielen.

Niemand kann zufrieden sein, wenn eine große Volkspartei an ihrer Integrationsaufgabe scheitert. Zu groß ist die Gefahr, daß solche Erosionsprozesse die Stabilität unserer Demokratie angreift. Es ist die SPD, die dieser Herausforderung nicht gerecht wird.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Phi-

lipp Jenninger, erklärte in diesem Zusammenhang:

Mit dem Parteiaustritt Coppiks verliert die SPD-Bundestagsfraktion in dieser Legislaturperiode bereits den zweiten Abgeordneten. Coppiks Ankündigung, gemeinsam mit dem Abgeordneten Hansen eine „linke Alternative“ zur SPD zu entwickeln — sei es durch Gründung einer eigenen Organisation, sei es in Zusammenarbeit mit Gruppen der „Grünen“ und „Alternativen“ —, bedeutet, daß nun auch organisatorisch die Spaltung der SPD bevorsteht, die in allen entscheidenden innen- und außenpolitischen Fragen längst Realität ist.

Der Schritt Coppiks beweist aber auch das Scheitern des sog. „Integrationskurses“ des Parteivorsitzenden Willy Brandt. Obwohl Willy Brandt eine verhängnisvolle Lähmung der Partei im Blick auf die friedliche Nutzung der Kernenergie, im Blick auf den NATO-Doppelbeschuß und im Blick auf die Sicherung unserer Zukunft als eines hochentwickelten Industriestaates in Kauf genommen hat, konnte er das jetzt sichtbare Absplittern am linken Rand der SPD nicht verhindern, die SPD steht — trotz oder gerade wegen Brandt — vor dem Trauma der Parteispaltung.

Selbst wenn die Pläne Coppiks und Hansens keinen durchschlagenden Erfolg haben, werden die Probleme der SPD keineswegs kleiner werden.

GEW mit Kommunisten

In Bremen sind, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet, einige Lehrer aus der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ausgetreten, weil dort, wie sie klagen, jene DKP an Einfluß gewinne, deren Freunde in Polen die freie Gesellschaft zerschlagen haben. In Berlin war vor der Spaltung und bis zur Wiedervereinigung des Berliner GEW-Verbandes ebenfalls die Rede von der Verfremdung der Gewerkschaft durch orthodoxe Kom-

munisten. In Nordrhein-Westfalen ist im vorigen Jahr die der SPD angehörende und in vielen Schlachten erprobte Ilse Brusis als Landesvorsitzende abgewählt und durch den Essener Schulrat Hammelrath ersetzt worden, von dem seine Kritiker sagen, er stehe der DKP nahe. Darauf verließen etwa 300 alte Mitglieder die Lehrergewerkschaft.

Die GEW hat an vielen Orten und in vielen Bundesländern ihr Gesicht verändert. Den Ton geben heute die jüngeren, an den Universitäten „groß“ gewordenen Funktionäre an, denen das Paktieren mit Kommunisten schon Gewohnheit ist. Der Austritt derer, die darüber enttäuscht sind, akzentuiert die Veränderung der GEW. Eine bedrohliche Entwicklung — auch für die Gewerkschaft.

Wehner rechnet mit weiteren SPD-Austritten

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, rechnet nach dem Parteiaustritt des Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik und dem Ausschluß des Bonner Abgeordneten Karl-Heinz Hansen mit weiteren Parteiaustritten. Coppik und Hansen betreiben die Gründung einer neuen Linkspartei. In einem Interview des NDR meinte Wehner, daß bis zur Landtagswahl in Hessen „einige“ dem Beispiel Coppiks folgen würden.

„Saat des Kanzlers“

Der CDU-Politiker Manfred Wörner hat in einem Beitrag für das private amerikanische „Strategic Institute“ scharfe Vorwürfe gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt erhoben, den er für das Aufkommen der sogenannten „Friedensbewegung“ in der Bundesrepublik verantwortlich mache. Diese Bewegung gehe auf die Kriegswarnungen zurück, die die regierende SPD zum Wahlthema gemacht habe: „Der Kanzler und seine Partei säten die Saat

der Kriegsangst — und was sie geerntet haben, ist wuchernder politischer Irrationalismus.“

Vier weitere Genossen traten aus

Der Kandidat für die jüngste Gemeinderatswahl, Jürgen Jansson aus Rodenkirchen, Kreis Wesermarsch, verließ die SPD. Mit ihm traten weitere drei Genossen aus der Partei aus. Anlaß für diesen Entschluß war der Ausschluß des bekannten MdB Karl-Heinz Hansen. In ihren Austrittserklärungen wenden sich die vier auch gegen den Radikalenerlaß. Zudem kritisieren sie die Rüstungspolitik.

Brutreaktor-Studie verheimlicht?

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie hat einem Bericht des Magazins Bonner Energie-Report zufolge das ungünstige Ergebnis einer Expertenstudie über den Schnellen Brüter Kalkar dem Parlament vorenthalten. Die Fertigstellung des umstrittenen Reaktors werde sich wahrscheinlich bis 1990 verzögern, und die Kosten des Projekts würden sich auf möglicherweise 10 Milliarden Mark erhöhen.

Die Verfasser der Studie sind laut „Energie-Report“ Vertreter des Kalkar-Bauherrn Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft (SBK) sowie des Herstellers Internationale Brutreaktor Baugesellschaft (INB) und damit ausnahmslos Befürworter des Projekts.

Aufgespießt

„Der Papst kommt nun doch zum SPD-Bundesparteitag nach München, weil er sein Versprechen wahrmachen will, immer dorthin zu gehen, wo das Elend am größten ist.“ (In Bonn bei der SPD kursierender Witz aus der „Frankfurter Rundschau“.)

■ BUNDESWEHR

Bundesbahn muß Heimfahrt der Soldaten besser koordinieren

Sollten die Meldungen zutreffen, daß mit Einführung des Sommerfahrplans der Deutschen Bundesbahn die Zahl der am Wochenende heimfahrenden Soldaten mit den Intercity-Zügen auf jeweils 144 einzuschränken sei, so stellt das in erster Linie eine Diskriminierung unserer Soldaten der Bundeswehr und unserer jungen Wehrpflichtigen dar, erklärte das Mitglied des Verteidigungsausschusses MdB Klaus Francke (Hamburg):

Mit einer derartigen Regelung ist der Wunsch unserer jungen Soldaten, die nach einer Woche harten Dienstes nun so schnell wie möglich ins Wochenende fahren wollen, um zu ihrer Familie, Frau, Freundin oder ihrem Freundeskreis zu kommen, auf eine lange Bank geschoben und die Einschränkungsmaßnahmen zu einer großen Benachteiligung des „Bürgers in Uniform“ geworden.

Um den vielen Verkehrsunfällen bei der Benutzung des oft auch verkehrsunsicheren eigenen Autos auf den bisherigen Wochenend-Rallyes der Soldaten entgegenzuwirken, haben wir vor drei Jahren im Parlament entschieden, unbegrenzte Freifahrten mit der Deutschen Bundesbahn zu ermöglichen. In die Kritik geraten sind dann vor allen Dingen die zum Teil chaotischen Szenen bei den Wochenendheimfahrten auf der Strecke Hamburg—Köln. Aufgrund von mündlichen und schriftlichen Beschwerden aus Kreisen der Bundeswehr, der Vertrauensleute der Mannschaften, aber auch von Zivilisten zu die-

sen Verhältnissen, hat auf unseren Antrag hin der Verteidigungsausschuß beschlossen, durch eine Kommission, in der auch Vertreter des Verkehrsausschusses mitarbeiten sollten, eine Verbesserung der Situation herbeizuführen.

Wir erwarten daher, daß die Bundesregierung und die Deutsche Bundesbahn unverzüglich die Arbeit der Kommission unterstützen. Ziel dieser Arbeit muß es sein, eine Regelung für die Soldaten zu finden, die im Interesse der Betroffenen ist und verhindert, daß die Grundwehrdienstleistenden erneut im verstärkten Maße ihre eigenen Autos benutzen.

In erster Linie müssen daher für die Nord-Süd- und Süd-Nord-Verbindung ausreichende Verbesserungen getroffen werden. So kann durch Zugverstärkungen zum Beispiel die Zahl der Sitzplätze erheblich erhöht werden und eine reibungslose Verbindung — auch mit zusätzlichen Halten für Soldaten, so daß umständliche Anfahrten zu den Bahnhöfen entfallen — eine wesentliche Erleichterung schaffen.

Der Dienstherr hat gerade in dieser Sache eine besondere Fürsorgepflicht für seine Soldaten. Kritik möchte ich aber daran üben, daß der Bundesverteidigungsminister in Kenntnis der Sachlage den Fachausschuß nicht schon vorher informiert hat und durch Presseverlautbarungen erst eine Verunsicherung bei unseren Soldaten hervorgerufen werden mußte, die zu vielen empörenden Anrufen an die Abgeordneten geführt hat und eine Welle der Diskussion in den Truppenteilen auslöste.

■ BEAMTEN-GEHÄLTER

Kürzungen in NRW problematisch und unseriös

Die von Nordrhein-Westfalen angekündigte Bundesratsinitiative zur Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes für Beamte wird sicherlich in einigen Kreisen der Öffentlichkeit beifällig aufgenommen werden. Der Vorschlag, Beamtengehälter zu kürzen, kommt immer gut an.

Bei näherem Hinsehen erweist sich die Aktion aber als nicht durchdachte Schaumschlägerei, stellt der für Beamtenfragen zuständige Abgeordnete der Bundestagsfraktion, Werner Broll, fest.

1. Die Kürzungsmaßnahmen sollen nur die Beamten treffen. Die Angestellten und Arbeiter sollen nicht erfaßt werden. Die Einführung eines Zweiklassenrechts im öffentlichen Dienst widerspricht dem Gleichbehandlungsgrundsatz, schafft sozialen Unfrieden und steht im Widerspruch zu dem von allen Politikern beschworenen Gleichklang bei den Sparmaßnahmen für den öffentlichen Dienst. Es wäre deshalb redlicher gewesen, zuerst Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften über die Kürzungsmaßnahmen aufzunehmen. Offensichtlich fehlt der nordrhein-westfälischen Landesregierung hierzu der Mut. Sind dies die Folgen der Streikdrohungen der ÖTV und sollen die Beamten für ihre Gesetzentreue bestraft werden?

2. Die Sparmaßnahmen sollen den einfachen und mittleren Dienst nicht erfassen.

Das klingt sozial einleuchtend, entlarvt aber in Wirklichkeit den Antrag als Show-Antrag. Er bringt haushaltsmäßig bundesweit nur wenig, weil über 70 % dem einfachen und mittleren Dienst angehören.

3. Der Vorschlag ist auch rechtlich nicht unproblematisch. Nach der Verfassung und den Gesetzen haben die Beamten einen Anspruch auf Alimentation entsprechend der Entwicklung der allg. wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse. 4. Wenn es zutrifft, daß in den Landeshaushalt die Mittel für die Kürzungsmaßnahmen bereits eingestellt worden sind, dann kann das Vorgehen Nordrhein-Westfalens nur als unseriös bezeichnet werden. Denn Nordrhein-Westfalen hat keineswegs die Garantie, daß der Bund und die anderen Länder das Vorhaben unterstützen.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung wird die von Nordrhein-Westfalen angekündigte Gesetzesinitiative im Bundesrat, den Beamten das Urlaubsgeld zu halbieren und die Weihnachtsgratifikation zu kürzen, ablehnen, erklärte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel. Nach einer in Rheinland-Pfalz erfolgten linearen Kürzung der Personalausgaben um 1 %, nach dem Hinausschieben einer Besoldungsanpassung um 3 Monate, nach der erfolgten Kürzung der Anwärterbezüge, nach Streichung der Essenszuschüsse und der Mittel für die Wohnungsfürsorge, bei einer Rückführung der Ministerialzulage, bei der Fortführung einer dreimonatigen Sperre für die Wiederbesetzung freiwerdender Stellen und anderer Eingriffe ist — wie Ministerpräsident Vogel sagte — die rheinland-pfälzische Landesregierung der Auffassung, daß den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes unter den gegenwärtigen Umständen keine weiteren Opfer auferlegt werden können.

■ CDU HESSEN

Alfred Dregger mit einem Rekordergebnis wiedergewählt

Mit einem Rekordergebnis wurde Alfred Dregger auf dem 54. Landesparteitag der hessischen CDU in Dreieich-Sprendlingen (Kreis Offenbach) für weitere zwei Jahre zum Landesvorsitzenden gewählt.

422 Delegierte stimmten für ihn, nur sieben gegen ihn.

Alfred Dregger führt die Landes-CDU in Hessen seit 1967, als er zum ersten Mal in Eltville gewählt wurde. Er ist unangefochtener Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 26. September. Das Wahlergebnis entspricht der Siegeszuversicht und der Harmonie der hessischen Landespartei, die Alfred Dregger als Nachfolger von Holger Börner im Amt des Ministerpräsidenten sehen will. Anders als die in sich zerstrittenen Sozialdemokraten kann sich Alfred Dregger auf eine sachpolitisch geschlossene Partei verlassen, die auf kommunaler Ebene längst zur führenden Kraft in Hessen geworden ist und ihre Sachkompetenz klar bewiesen hat.

Zu Beginn des Parteitages hatte das „Solidaritäts“-Mitglied Riczard Batory in einem Grußwort über die 49 Internierungslager mit 40 000 bis 60 000 politischen Gefangenen in Polen berichtet. Unter dem Beifall der Delegierten forderte der polnische Gewerkschafter westlichen Druck auf Polen und die Sowjetunion, da ein Frieden ohne Menschenrechte und Demokratie lediglich ein „Friedhofsfrieden“ sei. Eine spontan durchgeführte Sammlung im Saal erbrachte fast 5 000 Mark zugunsten der polnischen Gefangenen.

Mit großer Mehrheit wurden als stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Hessen Frankfurts Oberbürgermeister Walter Wallmann, der Landtagsfraktionsvorsitzende Gottfried Milde und die Bundestagsabgeordneten Erna-Maria Geier, Christian Schwarz-Schilling und Otto Zink in ihren Ämtern bestätigt.

Alfred Dregger stellte die Beschäftigungspolitik in den Mittelpunkt seiner Grundsatzrede und kündigte für den Fall seiner Regierungsübernahme im Herbst die Freigabe der jetzt noch blockierten technischen Großprojekte in Hessen an.

Die Bundesrepublik sei heute das einzige Industrieland des Westens, in dem die Zahl der Arbeitsplätze seit 1970 nicht zugenommen hätte. Dafür seien SPD und FDP unter Führung von Bundeskanzler Schmidt verantwortlich. Alfred Dregger bezeichnete es als eine unglaubliche Frechheit, daß der hessische Ministerpräsident Börner der CDU unterstelle, sie wolle Massenarbeitslosigkeit. Hinter dem Bild des allseits geachteten Ministerpräsidenten sei während der Parteitage in Kassel und Alsfeld wieder der alte Bundesgeschäftsführer der SPD sichtbar geworden, der Gelbe-Punkt-Aktionen ansetzt und gezielt Schläge unter der Gürtelei ausstellt.

Als „schlimmen Diffamierungsversuch“ wertete Dregger außerdem die These des hessischen Ministerpräsidenten, ein Wahlsieg der Union am 26. September führe zum Ende der Friedenspolitik, weil dann die CDU über eine Zweidrittelmehrheit im Bundesrat verfüge. Das demokratische

System vertrage es nicht, wenn mit der Urangst der Menschen vor dem Krieg und der Angst der Menschen vor dem Verlust der Existenz Spott getrieben werde. „Der Bestand dieses Systems ist noch wichtiger als der Bestand Ihrer Regierungsmacht“, stellte Alfred Dregger unter dem Beifall der Delegierten, an die Adresse Börners gerichtet, fest.

Von einer CDU-geführten Landesregierung werde keine Gesetzesblockade im Bundesrat ausgehen — „dies widerspricht meinem Staatsverständnis“. Dregger: „Die Deutschen wollen nicht blockiert, sondern gut regiert werden.“

Auf die technischen Großprojekte in Hessen eingehend, rügte Alfred Dregger das unüberlegte Vorhaben der Landesregierung bei der Durchsetzung des Startbahnbaus am Frankfurter Flughafen. Bei der Debatte um die Teilerrichtungsgenehmigung für den dritten Block des Kernkraftwerks Biblis (Kreis Bergstraße) müsse sich die hessische FDP fragen lassen, ob ihr die Rücksichtnahme auf eine gelähmte SPD wichtiger sei als die Rücksichtnahme auf eine unterbeschäftigte Wirtschaft.

Es war mehr ein Symbol als ein glücklicher Zufall, daß Alfred Dregger genau in dem Augenblick die Ovationen des Parteitages zu seiner Wiederwahl entgegennehmen konnte, als Helmut Kohl das Bürgerhaus in Spandlingen betrat. Der Parteivorsitzende war des Beifalls und der Sympathie aller sicher, als er freimütig bekannte, daß auch er „ein Stück Wärme“ in der Partei suche und brauche.

Helmut Kohl erinnerte „an so manchen Wahlkampf im Odenwald“, als die Union noch nicht die stärkste politische Kraft in Hessen war. Im Blick auf Bonn sagte er: „Die Koalition ist am Ende; das heißt aber nicht, daß die Koalition morgen fällt, auch wenn sich Bundeskanzler Schmidt nur noch mit Rücktrittsdrohungen behelfen könne. Die Union sei zu jedem Zeitpunkt

bereit, die Verantwortung zu übernehmen. Aber nicht durch die Hintertür, sondern durch den Haupteingang. Zuvor müsse klargestellt werden, wer die Verantwortung für den Niedergang der Republik trägt.“

Auf die Serie der Landtagswahlen in diesem Jahr eingehend, meinte Helmut Kohl, die Wende in Hessen habe auch etwas zu tun mit der Wende in Deutschland. Er appellierte an die Delegierten, um jede Stimme zu kämpfen. Trotz guter Umfrageergebnisse für die Union sei die Wahl erst am Wahlsonntag gewonnen. Und dazu mitzuholen, sei jeder aufgerufen.

Eine scharfe Absage erteilte der Parteivorsitzende den Neutralitätsbestrebungen, wie sie beispielsweise auf dem Hamburger Parteitag der SPD zutage getreten sind. „Es gibt keinen dritten Weg für die Deutschen. Wer den Frieden will, muß für die Freiheit kämpfen!“

Zu Polen sagte der Parteivorsitzende: Wir müssen dem unterdrückten polnischen Volk unsere Stimme leihen, die Stimme der freien Welt, im Kampf um die Menschenrechte, um Freiheit und Selbstbestimmung, gegen Unterdrückung, Terror und Knechtschaft. Das sind wir dem polnischen Volk schuldig. Wer durch Schweigen und Opportunismus so verfährt, als wäre nichts geschehen, irrt sich über die Gesetzlichkeiten jeder Diktatur. Die Sowjetunion müsse wissen, daß sie ihren eigenen Interessen schade, den Frieden gefährde, wenn sie mit ihrer Aggressionspolitik fortfahre und sich weiterhin in die inneren Angelegenheiten Polens einmische, die militärische Aufrüstung weiter verstärke und ständig internationale Abkommen einschließlich der Schlußakte von Helsinki, der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Menschenrechtserklärung verletze. Der Westen dürfe sich nicht aufsplittern lassen, sondern müsse gemeinsam und entschieden handeln.

Braunschweiger CDU bestätigte Führungsspitze

Die Führungsspitze des CDU-Landesverbandes Braunschweig ist am Sonnabend, 30. Januar 1982, auf einem Parteitag in Vienenburg (Kreis Goslar) erwartungsgemäß in ihrem Amt bestätigt worden. Der Landtagsabgeordnete und Landrat von Wolfenbüttel, Ernst-Henning Jahn, wurde ebenso für weitere zwei Jahre wiedergewählt wie seine Stellvertreter, die Bundestagsabgeordneten Joachim Clemens (Braunschweig) und Rudolf Sprung (Goslar).

Jahn, der den Landesverband seit fünf Jahren führt, erhielt 176 von 207 Stimmen. Für Clemens votierten ebenfalls 176, für Sprung 179 Delegierte aus den sechs CDU-Kreisverbänden Braunschweig, Goslar, Helmstedt, Salzgitter, Wolfenbüttel und Peine.

Die niedersächsische CDU tritt nach den Worten von Jahn im bevorstehenden Landtagswahlkampf mit dem Ziel an, bei der Wahl am 21. März wieder die absolute Mehrheit zu erlangen. Er warnte seine Partei aber davor, sich angesichts des Stimmungstiefs in der SPD „in den Sessel zurückzulehnen und zu glauben, die CDU habe die Wahl schon gewonnen“.

Der Vorsitzende der CDU in Niedersachsen, Wilfried Hasselmann, appellierte an die Delegierten, die Mitgliederwerbung fortzusetzen und verstärkt in einen Dialog mit der Jugend einzutreten.

Einmütig forderte der Parteitag die Bundesregierung auf, das Zonenrandgebiet nicht zu vernachlässigen sowie auf Bahn und Post einzuwirken, sich nicht aus dem ländlichen Raum zurückzuziehen. An die Fraktionen des Bundestages richtet sich ein Antrag, bei Bundesregierung und Landesjustizministern darauf zu drängen, daß die zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter erhalten bleibt.

STICHWORT

Vermittlungsausschuß

Der Vermittlungsausschuß ist ein gemeinsamer Ausschuß von Bundesrat und Bundestag. Er besteht aus 22 Mitgliedern, einem Vertreter aus jedem der 11 Bundesländer und 11 Bundestagsabgeordneten entsprechend den Mehrheitsverhältnissen. Seit dem Regierungswechsel in Berlin gehören 11 Mitglieder der Union an. 1 Mitglied repräsentiert die CDU/FDP-Koalition des Saarlandes, 10 Mitglieder gehören zur SPD und FDP.

Dieser wichtige Ausschuß soll bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundesrat und Bundestag eine Einigung oder einen Kompromiß finden. Bevor der Bundesrat Einspruch gegen ein Gesetz einlegt, das vom Bundestag verabschiedet worden ist, oder die Zustimmung verweigert, ruft er den Vermittlungsausschuß an. Schlagen die 22 „Friedensstifter“ Änderungen zu einem Gesetz vor, so muß der Bundestag darüber erneut abstimmen. Stimmt er zu, geht die neue Fassung wieder an den Bundesrat. Dort können die Länder dann den Kompromiß billigen oder ein Gesetz, das der ausdrücklichen Zustimmung des Bundesrates bedarf, endgültig scheitern lassen.

Insofern kann die Unionsmehrheit des Bundesrates über den Vermittlungsausschuß insbesondere bei zustimmungsbedürftigen Gesetzen Veränderungen und Korrekturen erreichen. Der Bundesrat kann aber nicht gegen die Mehrheit des Deutschen Bundestages Gesetze durchsetzen. Hingegen kann die SPD/FDP-Mehrheit des Bundestages die Vorschläge des Vermittlungsausschusses überstimmen und Gesetze, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, gegen dessen Willen durchbringen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

- 8. 2. **CDU-Präsidium**
Sitzung, Bonn
- 10. 2. **JU Saar**
Landesvorstand, Saarbrücken,
Landtag
- 12./13. 2. **CDA Hessen**
Gesamtvorstand DGB-AG, Lim-
burg
- 12. 2. **Frauenvereinigung Rheinland**
Landesvorstand
- 12. 2. **Frauenvereinigung Rheinland-
Pfalz**
Landesvorstand, Mainz
- 12. 2. **LV Westfalen-Lippe**
Geschäftsf. Landesvorstand,
Dortmund
- 13. 2. **Frauenvereinigung**
Europa-Sektion
Informationskommission, Bonn
- 13. 2. **LV Schleswig-Holstein**
Landesvorstand
- 15. 2. **LV Berlin**
Landesvorstand, Berlin
- 15. 2. **LV Braunschweig**
Landesvorstand,
Braunschweig/Salzgitter
- 15. 2. **LV Braunschweig**
Landesausschuß,
Braunschweig/Salzgitter

- 16. 2. **JU Saar**
Schülerpressekonferenz,
Saarbrücken
- 16. 2. **JU Saar**
Forum Jugend
mit Matthias Wissmann,
St. Wendel
- 19./20. 2. **Frauenvereinigung**
Niedersachsen,
Delegiertentagung, Delmenhorst
- 25./26. 2. **CDA Bund**
Sozialsekretärskonferenz,
Königswinter
- 25. 2. **MIT LV Westfalen-Lippe**
Vorsitzendenkonferenz,
Dortmund
- 27. 2. **CDA Niederrhein**
Bezirksdelegiertenkonferenz,
Krefeld
- 27. 2. **LV Hamburg**
Landesparteitag/LaVo-Wahlen,
Hamburg
- 27. 2. **CDU Niedersachsen**
Landesparteitag
Niedersachsen, Osnabrück
- 27. 2. **LV Rheinland**
EUROPA-Kommission, Venlo
- 27. 2. **LV Hamburg**
Wahlkampferöffnung, Hamburg
- 27./28. 2. **MIT-Fachkonferenz mit KAS,**
„Führung und Elite“, PAE,
Wesseling

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.